



[Home](#) > [Politik](#) > Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr: Der Bundestag stimmt der Mandats-Verlängerung für die deutschen Streitkräfte am Hindukusch zu



Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg am Donnerstag im Bundestag: Jetzt holen auch ihn die Schatten der Vergangenheit ein. Er musste seine Einschätzung der Lage korrigieren

**NACH BILD-ENTHÜLLUNG**

## Luftschlag von Kunduz: Guttenberg räumt Fehler ein

**„EINSATZ NICHT ANGEMESSEN“ +++ VERTEIDIGUNGSMINISTER STÄRKT ABER BEFEHLSGEBER DEN RÜCKEN: „ICH LASSE OBERST KLEIN NICHT FALLEN“ +++ BUNDESTAG VERLÄNGERT AFGHANISTAN-MANDAT UM EIN JAHR**

03.12.2009 - 20:22 UHR

*Paukenschlag im Bundestag!*

**Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (37, CSU) hat in der Debatte über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr Fehler eingeräumt. Zum Luftangriff auf zwei Tanklastzüge im September sagte er: „Aus heutiger Sicht war der Einsatz militärisch nicht angemessen.“**

Zugleich nahm der Minister den Verantwortlichen der Bundeswehr, Oberst Georg Klein, in Schutz. Er hatte damals den folgenschweren Befehl (142 Tote) gegeben. „Oberst Klein ist von der militärischen Angemessenheit ausgegangen. Dafür hat er mein volles Verständnis“, sagte Guttenberg. Kritiker sollten sich davor hüten, ihm persönliche Fehler vorzuhalten.

**Dann der entscheidende Satz des Ministers: „Ich lasse Oberst Klein nicht fallen!“ Die Soldaten in Afghanistan müssten sich voll auf den politischen Rückhalt verlassen können.**

Er zweifle nicht daran, dass der damals kommandierende Oberst im Interesse seiner Soldaten gehandelt habe, sagte Guttenberg. Die Dokumente, die er bei seiner ersten Bewertung noch nicht gekannt habe, hätten ihn nun aber verlasst, den Angriff als objektiv „nicht angemessen“ zu bezeichnen.

Auf der Grundlage eines Nato-Berichts hatte Guttenberg den Luftangriff am 6. November noch als „militärisch angemessen“ bewertet. Schon damals wies der CSU-Politiker aber auch darauf hin, dass es offensichtlich „Verfahrensfehler“ gegeben habe.

*Hintergrund: Auf Anforderung des deutschen Befehlshabers Klein hatte die US-Luftwaffe Anfang September zwei von Taliban entführte Tanklastzüge in der Nähe von Kunduz bombardiert. Dabei sollen bis zu 142 Menschen getötet worden sein, auch Zivilisten. Wegen einer möglichen Vertuschung dieser Tatsache war Arbeitsminister Franz Josef Jung, der die Informationspolitik als Verteidigungsminister zu verantworten hatte, letzte Woche zurückgetreten.*

**Nach dem Angriff hatte Jung behauptet, es habe keine zivilen Opfer gegeben. Dabei hätte er es besser wissen müssen! Das belegen Unterlagen, die dem Minister zu diesem Zeitpunkt hätten bekannt sein müssen.**

Denn streng geheime Videos und ein bislang geheim gehaltener Bericht der Bundeswehr beweisen, dass Jungs Ministerium von Anfang an klare Hinweise auf zivile Opfer sowie auf unzureichende Aufklärung vor dem Bombenabwurf hatte.

**Der bisher unbekannt Bericht der deutschen Militärpolizei (Feldjäger, 20. Deutsches Einsatzkontingent) wurde nach BILD-Informationen lange bewusst der zuständigen Staatsanwaltschaft vorenthalten.**

Als Folge der BILD-Enthüllungen trat Jung zurück. Auch Generalinspekteur Schneiderhan musste gehen. Der jetzige Verteidigungsminister Guttenberg leitete nach Bekanntwerden des Skandals eine Untersuchung ein. Diese ist offenbar jetzt abgeschlossen. Deshalb hat Guttenbergs die Bewertung des dramatischen Angriffs heute offiziell korrigiert.

**Der Bundestag beschloss im Anschluss an die Debatte die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr um ein Jahr.**

Für die Verlängerung stimmten 445 Abgeordnete, 105 dagegen. 43 enthielten sich der Stimme. Die Mandatsobergrenze liegt unverändert bei 4500 Soldaten.

**Ebenfalls beschlossen: Die Bundeswehr beteiligt sich am Horn von Afrika für ein weiteres Jahr am US-geführten Anti-Terror-Einsatz.**

Gegen die Stimmen der Opposition verlängerte der Bundestag das Mandat für die umstrittene „Operation Enduring Freedom“ (OEF).

Bei einer namentlichen Abstimmung votierten 322 Abgeordnete für eine Fortsetzung der Mission, 266 Parlamentarier stimmten gegen den Einsatz. Auch die SPD, die als Regierungspartei in den vergangenen Jahren immer zugestimmt hatte, votierte diesmal gegen eine Verlängerung des Mandats.

**Im Rahmen von OEF sind derzeit 260 deutsche Soldaten vor der afrikanischen Küste stationiert. Formal hat dieser Einsatz nichts mit der europäischen Anti-Piraterie-Mission „Atalanta“ zu tun. Allerdings gibt es immer wieder Überschneidungen.**

Auch die FDP sieht OEF deshalb skeptisch. Ihr Verteidigungsexperte Rainer Stinner betonte, seine Partei knüpfe die Zustimmung an die Bedingung, dass die weitere Notwendigkeit bis zum kommenden Sommer überprüft wird.

**Zuvor hatte der Bundestag zusätzlich den im Herbst 2006 gestarteten ersten Bundeswehreininsatz im Nahen Osten um ein halbes Jahr verlängert.**

Damit kann sich die Marine bis 30. Juni 2010 mit bis zu 800 Soldaten am UN-Flottenverband vor der Küste des Libanons beteiligen. In namentlicher Abstimmung votierten 500 Parlamentarier für den Antrag der Bundesregierung, 82 lehnten ihn ab. Es gab zehn Enthaltungen.

**Die Kosten der sechsmonatigen Verlängerung werden auf 32,6 Millionen Euro geschätzt.**

Der Marineeinsatz soll den Waffenschmuggel über See für die Hisbollah unterbinden und damit indirekt für mehr Sicherheit des Nachbarlands Israel sorgen.